

Stand: 22.01.2026 08:30:22

## Vorgangsmappe für die Drucksache 19/4577

"Belange der Menschen vor Ort und der betroffenen Kommunen beim Brenner-Nordzulauf berücksichtigen"

---

### Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/4577 vom 16.01.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/5090 des BV vom 21.01.2025
3. Beschluss des Plenums 19/5401 vom 27.02.2025
4. Plenarprotokoll Nr. 43 vom 27.02.2025



## **Antrag**

der Abgeordneten Thomas Huber, Daniel Artmann, Jürgen Baumgärtner, Ilse Aigner, Holger Dremel, Kerstin Schreyer, Konrad Baur, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Dr. Stefan Ebner, Thorsten Freudenberg, Sebastian Friesinger, Alfred Grob, Josef Heisl, Thomas Holz, Andreas Kaufmann, Jochen Kohler, Joachim Konrad, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Jenny Schack, Josef Schmid, Thorsten Schwab, Martin Stock, Steffen Vogel CSU,

Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

### **Belange der Menschen vor Ort und der betroffenen Kommunen beim Brenner-Nordzulauf berücksichtigen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass der Brennerbasistunnel ein europäisches Projekt von herausragender Bedeutung für die Europäische Union, für Deutschland und für Bayern ist, aber zugleich mit dem Brenner-Nordzulauf die Verkehrsbelastung für die Region zwischen München und Kiefersfelden erhöht. In diesem Bewusstsein müssen die für Mensch und Umwelt bestmöglichen Lösungen realisiert werden. Die DB InfraGO AG muss den regionalen Belangen und insbesondere den Forderungen der kommunalen Gremien vor Ort bei ihren Planungen entsprechend Rechnung tragen.

Daher wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene weiter dafür einzusetzen, dass

- vor einer Beschlussfassung durch den Deutschen Bundestag (BT) auf Basis wissenschaftlicher Studien der grundsätzliche Nachweis erbracht wird, dass für die Umsetzung des Brenner-Nordzulaufs die Errichtung einer Neubaustrecke tatsächlich erforderlich ist. Dabei ist die tatsächliche, auf wissenschaftlicher Grundlage zu ermittelnde Leistungsstärke der Bestandsstrecke München – Rosenheim – Salzburg nach der Generalsanierung im Jahr 2028 und der Ausbau der Strecke München – Mühldorf – Freilassing (ABS 38) zu berücksichtigen.
- der Flächenbedarf der möglichen Neubaustrecke samt Begleitmaßnahmen, wie z. B. Anpassung der bestehenden Infrastruktur, Baustelleneinrichtungen oder Kompenationsmaßnahmen, aufgrund der Flächenknappheit und der kleinstrukturierten Landwirtschaft in der Region unbedingt weiter minimiert wird.
- für die naturschutzrechtlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen keine landwirtschaftlich genutzten Flächen beansprucht werden, sondern vorrangig Öko-Konten oder – soweit eine Realkompensation nicht möglich ist – Möglichkeiten einer finanziellen Abgeltung genutzt werden.

- für den Planungsabschnitt Grafing – Ostermünchen auch die Trassenvariante „Türkis“ dem Bundestag in optimierter Form als alternative Option zur Trasse „Limone“, umsetzungsfähig, vorgelegt wird. Im Sinne des geringsten Flächenverbrauchs und der geringsten Durchschneidung der Landschaft, ist ein Neubau nah am Bestand umzusetzen, sodass sich diese Umsetzungsvariante aufdrängt.
- für den Planungsabschnitt Grafing – Ostermünchen die Trassenvariante „Limone“ – sofern sie umgesetzt wird – größtmöglich und entsprechend der Forderungen des Ebersberger Kreistags weitestgehend untunnelt wird. Um die Belastungen für Mensch und Natur zu minimieren, Ortsbilder betroffener Dörfer zu erhalten und Zerschneidungen der Landschaft zu vermeiden, muss die Trasse „Limone“ an weiteren Stellen (Dorfen, Niclasreuth) untunnelt werden.
- im Ausbauabschnitt zwischen Trudering und Ostermünchen alle Schienenstrecken wie Neubaustrecken behandelt werden und spätestens bis zur Inbetriebnahme des European Train Control System (ETCS) an allen Schienenwegen im Bestand der Strecke Grafing – Ostermünchen Maßnahmen zur Lärmvorsorge gemäß den Vorgaben der Sechzehnten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionschutzgesetzes (16. BlmSchV) umgesetzt werden. Ebenso muss der Erschütterungsschutz entsprechend dem Erschütterungsschutz für Neubaustrecken optimiert werden.
- die einschränkungslose Erhaltung und der größtmögliche Schutz der Wasserschutzgebiete und Trinkwasserversorgung Elkofen sichergestellt wird. Dafür ist eine Durchquerung des Schutzgebietes außerhalb der Schutzzone II zwingend erforderlich.
- die Realisierung der Innunterquerung und eine maximale Tunnellösung nördlich von Rosenheim durch die Deutsche Bahn AG (DB) weiterverfolgt werden und dem Bundestag als alternative Trasse vorgelegt werden.
- die Stadt Rosenheim als Oberzentrum nicht vom internationalen Schienenpersonennahverkehr abhängt, sowie Ausbau des Angebots im Schienenpersonenfernverkehr sowie den barrierefreien Ausbau aller Bahnhöfe und Haltepunkte im Landkreis Rosenheim entlang des Brennernordzulaufs aus Mitteln des Bundes bzw. des DB-Konzerns,
- anstelle der oberirdisch geplanten Verknüpfungsstelle Kirnstein eine bergmännische Lösung im Wildbarren zu prüfen,
- die Lärmschutzmaßnahmen an der gesamten Bestandsstrecke nach Neubaustandard umgesetzt werden.
- wirksame Maßnahmen für eine beschleunigte Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene ergriffen werden und insbesondere die massiv erhöhten Trassenpreise wieder reduziert werden.
- die Lkw-Blockabfertigung in Tirol, welche insbesondere den Landkreis Rosenheim vor erhebliche Herausforderungen stellt, schnellstmöglich reduziert wird.
- die DB die Belastungen für die Anwohner und Fahrgäste durch die geplante Generalsanierung der Bestandsstrecke München – Rosenheim – Salzburg in den Jahren 2027 und 2028 durch sorgfältige Vorbereitung, einen umfassenden Einsatz von Ersatzverkehren und geeignete Kommunikationsmaßnahmen möglichst geringhält.

Als Auftraggeber verfügt der nach Art. 87e Grundgesetz (GG) für die Realisierung ausschließlich zuständige Bund hier über die entsprechenden Möglichkeiten und Mittel, diese Ziele im Sinne der Bürgerinnen und Bürger vor Ort gegenüber und mit der DB InfraGO durchzusetzen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Fall einer Entscheidung für den Bau einer Neubaustrecke die Einführung eines Halbstundentakts im Schienenpersonennahverkehr zwischen München Hbf und Salzburg Hbf bzw. Kufstein zu prüfen.

**Begründung:**

Der geplante Ausbau des Brenner-Nordzulaufs wird insbesondere im Bereich zwischen Grafing und Ostermünchen seit Jahren intensiv diskutiert. Hier ist der Bau einer zweigleisigen Neubaustrecke vorgesehen. Die Entscheidung der vormaligen DB Netz AG (heute DB InfraGO AG) vom 13.07.2022 für die sog. Auswahltrasse „Limone“ hat in der Region Entsetzen und parteiübergreifend breites Unverständnis hervorgerufen. Die aus der Bevölkerung heraus entwickelte und von einer breiten politischen Mehrheit unterstützte Trassenvariante „Türkis“ (sog. Bürgertrasse) wird von der Bahn trotz grundsätzlicher Umsetzbarkeit abgelehnt.

Der Landkreis Ebersberg und die betroffenen Kommunen befürchten nun, bei den Planungen der Bahn übergangen zu werden. Dabei ist festzuhalten, dass die Vertreter der Region Ebersberg nie gegen das Projekt des Brenner-Nordzulaufs an sich waren, aber immer klare Erwartungshaltungen bei der Umsetzung geäußert haben.

Die Anliegen und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger, des Dialogforums sowie der Kommunen der Region nach einer landschafts- und bürgerverträglichen Lösung wurden aus Sicht der Beteiligten von der Bahn nicht aufgegriffen, sondern leider konsequent ignoriert.

Die vier zentralen Forderungen der Region – Berücksichtigung der Trasse Türkis, Untertunnelungen bei der Trasse Limone, Lärm- und Erschütterungsschutz sowie Wasser- und insbesondere Trinkwasserschutz – dürfen nicht ausgeblendet werden. Vor diesem Hintergrund müssen dem BT unbedingt beide Trassenvarianten, umsetzungsfähig zur finalen Entscheidung vorgelegt und die Forderungen hinsichtlich Lärm- und Trinkwasserschutz umgesetzt werden.

In Stadt und Landkreis Rosenheim gibt es seit Beginn der Planungen starke Proteste aus Kommunalpolitik und Bürgerschaft. Daher haben Stadt und Landkreis Rosenheim gemeinsame Kernforderungen aufgestellt.

Die Trasse des Variantenentscheids führt aufgrund ihrer oberirdischen Lage (Kombination aus Dammabschüttung und Brückenkonstruktionen) zu einer massiven Durchschneidung des Raums nördlich von Rosenheim. Damit kommt es zur Zerstörung des Landschaftsbildes und der Naherholungsgebiete, zu einer Vernichtung von landwirtschaftlichem Nutzgrund und somit insgesamt zu einer erheblichen Abwertung und Schädigung der Region. In Bereich nördlich von Rosenheim muss daher die Trasse weitestgehend in Tunnels und Trogbauwerken geführt werden. Eine Möglichkeit dazu wird z. B. in der Trassenvariante „Orange“ aufgezeigt. Diese ist auf Durchführbarkeit zu überprüfen. Sollte sie nicht in Betracht kommen, sind Trassenalternativen zu ermitteln, die eine Innunterquerung nördlich von Rosenheim ermöglichen.

Für den Interims-Zeitraum, in dem während der Planungs- und Bauphase der nördliche Zulaufverkehr zum Brennerbasistunnel noch auf der Bestandstrecke abgewickelt werden muss, ist der Lärmschutz auf der Bestandsstrecke zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger nach Neubaustandard zu gewährleisten.

Da es bei einer oberirdischen Trassenführung zu einer nicht hinnehmbaren Zerschneidung der Landschaft und damit zu erheblichen Beeinträchtigungen für den Lebensraum von Mensch und Natur sowie zu schadhaften Auswirkungen für die Landwirtschaft und den Tourismus kommt, ist ein durchgehender Tunnel von Kirnstein bis zur Innleiten umzusetzen.

Um landwirtschaftliche Flächen und landwirtschaftliche Betriebe zu erhalten und zum Schutz der Bevölkerung an dieser engsten Stelle des Inntals ist die Verlegung der Verknüpfungsstelle Kirnstein in den Wildbarren unerlässlich.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr**

**Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Daniel Artmann, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU,  
Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Drs. 19/4577**

**Belange der Menschen vor Ort und der betroffenen Kommunen beim Brenner-Nordzulauf berücksichtigen**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderung durchgeführt wird:

Der erste Spiegelstrich erhält folgende Fassung:

„Im Zusammenhang mit einer Beschlussfassung durch den Deutschen Bundestag seitens des Bundes und der Deutschen Bahn eine aktualisierte Nutzen-Kosten-Rechnung für den Ausbau des Brenner-Nordzulaufs erstellt wird, welche alle aktuellen Randbedingungen berücksichtigt, die Einfluss auf das Projekt haben. Hierzu gehören insbesondere der geplante Ausbau der Bahnstrecke München – Mühldorf – Freilassing (ABS 38) und die geplante Generalsanierung der Bestandsstrecke Grafing – Rosenheim. Im Rahmen der Nutzen-Kosten-Rechnung sollen die verschiedenen Planungsvarianten in die Betrachtung einbezogen werden.“

Berichterstatter:  
Mitberichterstatter:

**Jürgen Baumgärtner**  
**Dr. Markus Büchler**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 20. Sitzung am 21. Januar 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:  
CSU: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Zustimmung  
AfD: Zustimmung  
B90/GRÜ: Ablehnung  
SPD: Enthaltung  
mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

**Jürgen Baumgärtner**  
Vorsitzender



## **Beschluss**

**des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten Thomas Huber, Daniel Artmann, Jürgen Baumgärtner, Ilse Aigner, Holger Dremel, Kerstin Schreyer, Konrad Baur, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Dr. Stefan Ebner, Thorsten Freudenberger, Sebastian Friesinger, Alfred Grob, Josef Heisl, Thomas Holz, Andreas Kaufmann, Jochen Kohler, Joachim Konrad, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Jenny Schack, Josef Schmid, Thorsten Schwab, Martin Stock, Steffen Vogel CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 19/4577, 19/5090

**Belange der Menschen vor Ort und der betroffenen Kommunen beim Brenner-Nordzulauf berücksichtigen**

Der Landtag stellt fest, dass der Brennerbasistunnel ein europäisches Projekt von herausragender Bedeutung für die Europäische Union, für Deutschland und für Bayern ist, aber zugleich mit dem Brenner-Nordzulauf die Verkehrsbelastung für die Region zwischen München und Kiefersfelden erhöht. In diesem Bewusstsein müssen die für Mensch und Umwelt bestmöglichen Lösungen realisiert werden. Die DB InfraGO AG muss den regionalen Belangen und insbesondere den Forderungen der kommunalen Gremien vor Ort bei ihren Planungen entsprechend Rechnung tragen.

Daher wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene weiter dafür einzusetzen, dass

- im Zusammenhang mit einer Beschlussfassung durch den Deutschen Bundestag seitens des Bundes und der Deutschen Bahn eine aktualisierte Nutzen-Kosten-Rechnung für den Ausbau des Brenner-Nordzulaufs erstellt wird, welche alle aktuellen Randbedingungen berücksichtigt, die Einfluss auf das Projekt haben. Hierzu gehören insbesondere der geplante Ausbau der Bahnstrecke München – Mühldorf – Freilassing (ABS 38) und die geplante Generalsanierung der Bestandsstrecke Grafing – Rosenheim. Im Rahmen der Nutzen-Kosten-Rechnung sollen die verschiedenen Planungsvarianten in die Betrachtung einbezogen werden.
- der Flächenbedarf der möglichen Neubaustrecke samt Begleitmaßnahmen, wie z. B. Anpassung der bestehenden Infrastruktur, Baustelleneinrichtungen oder Kompen-sationsmaßnahmen, aufgrund der Flächenknappheit und der kleinstrukturierten Landwirtschaft in der Region unbedingt weiter minimiert wird.

- für die naturschutzrechtlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen keine landwirtschaftlich genutzten Flächen beansprucht werden, sondern vorrangig Öko-Konten oder – soweit eine Realkompensation nicht möglich ist – Möglichkeiten einer finanziellen Abgeltung genutzt werden.
- für den Planungsabschnitt Grafing – Ostermünchen auch die Trassenvariante „Türkis“ dem Bundestag in optimierter Form als alternative Option zur Trasse „Limone“, umsetzungsfähig, vorgelegt wird. Im Sinne des geringsten Flächenverbrauchs und der geringsten Durchschneidung der Landschaft, ist ein Neubau nah am Bestand umzusetzen, sodass sich diese Umsetzungsvariante aufdrängt.
- für den Planungsabschnitt Grafing – Ostermünchen die Trassenvariante „Limone“ – sofern sie umgesetzt wird – größtmöglich und entsprechend den Forderungen des Ebersberger Kreistags weitestgehend untunnelt wird. Um die Belastungen für Mensch und Natur zu minimieren, Ortsbilder betroffener Dörfer zu erhalten und Zerschneidungen der Landschaft zu vermeiden, muss die Trasse „Limone“ an weiteren Stellen (Dorfen, Niclasreuth) untunnelt werden.
- im Ausbauabschnitt zwischen Trudering und Ostermünchen alle Schienenstrecken wie Neubaustrecken behandelt werden und spätestens bis zur Inbetriebnahme des European Train Control System (ETCS) an allen Schienenwegen im Bestand der Strecke Grafing – Ostermünchen Maßnahmen zur Lärmvorsorge gemäß den Vorgaben der Sechzehnten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionschutzgesetzes (16. BlmSchV) umgesetzt werden. Ebenso muss der Erschütterungsschutz entsprechend dem Erschütterungsschutz für Neubaustrecken optimiert werden.
- die einschränkungslose Erhaltung und der größtmögliche Schutz der Wasserschutzgebiete und Trinkwasserversorgung Elkofen sichergestellt wird. Dafür ist eine Durchquerung des Schutzgebiets außerhalb der Schutzzone II zwingend erforderlich.
- die Realisierung der Innunterquerung und eine maximale Tunnellösung nördlich von Rosenheim durch die Deutsche Bahn AG (DB) weiterverfolgt werden und dem Bundestag als alternative Trasse vorgelegt werden.
- die Stadt Rosenheim als Oberzentrum nicht vom internationalen Schienennahverkehr abhängt, sowie Ausbau des Angebots im Schienennahverkehr sowie den barrierefreien Ausbau aller Bahnhöfe und Haltepunkte im Landkreis Rosenheim entlang des Brenner-Nordzulaufs aus Mitteln des Bundes bzw. des DB-Konzerns
- anstelle der oberirdisch geplanten Verknüpfungsstelle Kirnstein eine bergmännische Lösung im Wildbarren zu prüfen
- die Lärmschutzmaßnahmen an der gesamten Bestandsstrecke nach Neubaustandard umgesetzt werden.
- wirksame Maßnahmen für eine beschleunigte Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene ergriffen werden und insbesondere die massiv erhöhten Trassenpreise wieder reduziert werden.
- die Lkw-Blockabfertigung in Tirol, welche insbesondere den Landkreis Rosenheim vor erhebliche Herausforderungen stellt, schnellstmöglich reduziert wird.
- die DB die Belastungen für die Anwohner und Fahrgäste durch die geplante Generalsanierung der Bestandsstrecke München – Rosenheim – Salzburg in den Jahren 2027 und 2028 durch sorgfältige Vorbereitung, einen umfassenden Einsatz von Ersatzverkehren und geeignete Kommunikationsmaßnahmen möglichst geringhält.

Als Auftraggeber verfügt der nach Art. 87e Grundgesetz (GG) für die Realisierung ausschließlich zuständige Bund hier über die entsprechenden Möglichkeiten und Mittel, diese Ziele im Sinne der Bürgerinnen und Bürger vor Ort gegenüber und mit der DB InfraGO durchzusetzen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Fall einer Entscheidung für den Bau einer Neubaustrecke die Einführung eines Halbstundentakts im Schienenpersonennahverkehr zwischen München Hbf und Salzburg Hbf bzw. Kufstein zu prüfen.

Die Präsidentin

I.V.

**Tobias Reiß**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Abstimmung**

**über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmungsliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmungsliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das scheint das ganze Haus zu sein. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Beide Male keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Im Hinblick auf die beiden Tagesordnungspunkte 3 und 4 – Wahl eines Vizepräsidenten und Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtags – hat die AfD-Fraktion eine Begründung der Wahlvorschläge sowie eine gemeinsame Aussprache beantragt. Über den Antrag der AfD-Fraktion soll gemäß § 42 Absatz 2 Satz 2 unserer Geschäftsordnung in der Vollversammlung eine Entscheidung herbeigeführt werden. Ich lasse daher über diesen Antrag abstimmen.

Wer dem Antrag der AfD-Fraktion auf Begründung und gemeinsame Aussprache zu den Wahlvorschlägen eines Vizepräsidenten und eines Schriftführers im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 3 und 4 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind CSU, FREIE WÄHLER, SPD und GRÜNE. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der  
Abstimmung über die Europaangelegenheiten und die  
nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt  
wurden (Tagesordnungspunkt 2)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen  
oder  
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder  
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

**Europaangelegenheiten**

1. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Binnenmarkt  
Richtlinien über die Vergabe öffentlicher Aufträge – Evaluierung  
13.12.2024 - 07.03.2025  
Drs. 19/4684, 19/5181

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europa-  
angelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 19/5181  
veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die  
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss  
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

**CSU**

**FREIE  
WÄHLER**

**AfD**

**GRÜ**

**SPD**



**ENTH**



**ohne**

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde  
zu legen.

## 2. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Wettbewerb

Staatliche Beihilfen im Luftverkehr – Leitlinien der Kommission für Flughäfen und Luftverkehrsgesellschaften (Überarbeitung)

11.12.2024 - 05.03.2025

Drs. 19/4686, 19/5185

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 19/5185 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

**CSU****FREIE  
WÄHLER****AfD****GRÜ****SPD** ENTH ohneDie SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Enthaltung**“ zugrunde zu legen.**Anträge**

3. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier u.a. und Fraktion (AfD)
- 
- Bürokratiefreies Bayern: Handwerksbetriebe und Privatpersonen von der Nachweispflicht für die Entsorgung von Altfenstern befreien
- 
- Drs. 19/3921, 19/4980 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

**CSU****FREIE  
WÄHLER****AfD****GRÜ****SPD**

4. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)  
Boni-Zahlungen an DB-Vorstand verhindern!  
Drs. 19/3952, 19/5017 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Dr. Stefan Ebner u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Ausbau der Energieinfrastruktur beschleunigen und Grundversorgung sichern: Verbandsklagerecht einschränken  
Drs. 19/3957, 19/5112 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Bayerische Automobilindustrie und Biospritbranche retten:  
Ausnahme für Biokraftstoffe aus dem EU-Verbrennerverbot  
Drs. 19/4020, 19/5114 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

7. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)  
Zur Erleichterung der Ausweisung von straffälligen Ausländern und Versagung der Anerkennung als Flüchtling  
Drs. 19/4113, 19/5095 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Alpenbiotopkartierung aktualisieren!  
Drs. 19/4123, 19/4981 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

9. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Bernhard Seidenath, Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU Keine Apotheken ohne Apotheker – Arzneimittelsicherheit nicht gefährden  
Drs. 19/4157, 19/5008 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

10. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Kerstin Schreyer, Martin Wagle u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Busfahrpersonal: Maßnahmen gegen die Personalkrise – Reduktion der Führerscheinpflichtstunden  
Drs. 19/4158, 19/5089 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

11. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath,  
Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU,  
Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a.  
und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Anerkennung ausländischer Ärztinnen und Ärzte beschleunigen  
Drs. 19/4189, 19/5010 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH

12. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke,  
Anton Rittel u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),  
Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU  
Stärkung der kinder- und jugendärztlichen Versorgung in Bayern  
Drs. 19/4247, 19/5011 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner,  
Martin Böhm, Richard Graupner u.a. und Fraktion (AfD)  
Raus aus dem Verbrenner-Aus – Aufschub und Aufhebung der  
Strafzahlungen für die Nichteinhaltung der CO<sub>2</sub>-Flottengrenzwerte  
Drs. 19/4316, 19/5115 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

14. Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier,  
Kerstin Schreyer, Thomas Holz u.a. CSU,  
Florian Streibl, Felix Locke, Felix Freiherr von Zobel u.a.  
und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Hotels sind keine Parkhäuser – Übertragung von  
Beherbergungsbetrieben in der Erbschafts- und Schenkungsteuer  
Drs. 19/4386, 19/5009 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler,  
Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD  
Berufliche Bildung stärken I:  
Betriebspraktikum an allen Schulartern verpflichtend einführen  
Drs. 19/4424, 19/5012 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

16. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler,  
Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD  
Berufliche Bildung stärken II:  
Schulsozialarbeit an allen beruflichen Schulen etablieren!  
Drs. 19/4425, 19/5013 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

17. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler,  
Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD  
Berufliche Bildung stärken III:  
Berufliche Schulen in das Startchancen-Programm aufnehmen  
Drs. 19/4426, 19/5014 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

18. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler,  
Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD  
Berufliche Bildung stärken IV:  
Erasmus+ an beruflichen Schulen ausbauen  
Drs. 19/4427, 19/5015 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

19. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler,  
Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD  
Berufliche Bildung stärken V: Digitale Infrastruktur ausbauen  
Drs. 19/4428, 19/5016 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,  
Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in Brandenburg –  
sofortige Schutzmaßnahmen ergreifen  
Drs. 19/4552, 19/4982 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> ENTH				

21. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer,  
Alexander Flierl, Petra Högl u.a. CSU,  
Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch u.a.  
und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Stilllegungswelle von Biogasanlagen verhindern  
Drs. 19/4572, 19/5116 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--	--------------------------

22. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Daniel Artmann,  
Jürgen Baumgärtner u.a. CSU,  
Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a.  
und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Belange der Menschen vor Ort und der betroffenen Kommunen  
beim Brenner-Nordzulauf berücksichtigen  
Drs. 19/4577, 19/5090 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH
--------------------------	--------------------------	--------------------------	----------------------------	--

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer,  
Florian von Brunn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Sozial- und Lohn-Dumping darf im Freistaat nicht Schule machen!  
Drs. 19/4678, 19/5117 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------